

# Mobile Geschwindigkeitsüberwachung: UWG will Ortsräte in die Beratung einbinden

**Neustadt** (dgs). Die Ortsräte sollen bei der Anschaffung einer mobilen Geschwindigkeitsüberwachung ein Wörtchen mitreden. Das findet jedenfalls die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) und hat daher einen Antrag gestellt, die Beratungsfolge in den politischen Gremien entsprechend zu ändern. Nachdem das Thema vor Weihnachten im Ausschuss für Feuerschutz und allgemeine Ordnungsangelegenheiten diskutiert wurde, sollte es nur in den Verwaltungsausschuss und abschließend in den Rat gehen.

„Die Ortsräte bilden die kommunalpolitische Schnittstelle zu den Bürgern in den über 30 Ortschaften der Stadt, argumentiert Willi Ostermann, Fraktionsvorsitzender der UWG. Die Auswirkungen seien für die Ortschaften von größerer Bedeutung und darum müssten auch die Orts-



räte von Beginn an eingebunden werden. Die Ergebnisse aus den Ortsräten sollen anschließend den Fachausschüssen und dem Rat als Empfehlung zur Kenntnis gegeben werden, meint Ostermann, der den Antrag beim Bürgermeister eingereicht hat.

Wie berichtet, schlägt die Stadt die Anschaffung eines mobilen Radargeräts vor. Messungen im vergangenen Jahr - insbesondere an den Ortsdurchfahrten in den Stadtteilen - hatten besorgniserregende Ergebnisse erbracht. So donnerten Autofahrer mit Tempo

100 und mehr durch Schneeren oder Suttorf.

Bisher übernimmt die Gemeinde Wennigsen die Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet. Ihr Messgerät kommt für 300 Stunden im Jahr an Neustädter Straßen zum Einsatz. Die Stadt erstattet Wennigsen die Personalkosten von 1.000 Euro im Monat plus anfallende Sachkosten von 50 Euro. Die anfallenden Bußgelder muss sich die Stadt mit der Region Hannover teilen. Dabei handelt es um rund 160.000 Euro, von denen 80.000 Euro in die Stadtkasse fließen. An Kosten dagegen rechnet die Stadt im Falle der Anschaffung eines Radargeräts mit 5.000 Euro für eine entsprechende Softwarebeschaffung sowie Personalkosten für zwei Mitarbeiter von etwa 55.000 Euro.